

Beanstandung: SRF-«Echo der Zeit» vom 06.02.2026 – Beitrag «Tiefe Steuern und hohe Mieten nun auch im Kanton Schwyz»¹

Sehr geehrte Frau Girsberger,

Sehr geehrter Herr Hofmann,

Hiermit beanstande ich den oben genannten Beitrag wegen Verstössen gegen das Sachgerechtigkeitsgebot (Art. 4 Abs. 2 RTVG) sowie gegen das Vielfaltsgebot (Art. 4 Abs. 4 RTVG).

Informationssendungen haben Tatsachen sachgerecht darzustellen und unterschiedliche relevante Sichtweisen angemessen zu berücksichtigen, damit sich das Publikum eine eigene Meinung bilden kann. Der beanstandete Beitrag genügt diesen Anforderungen nicht. Er zeichnet ein einseitiges, verkürztes Bild der Ursachen steigender Mieten im Kanton Schwyz, **indem er niedrige Steuern einseitig als Hauptursache darstellt**, alternative Erklärungsansätze ausblendet und auf Gegenpositionen verzichtet.

Die 20-tägige Frist für eine Beanstandung an die Ombudsstelle ist mit dieser Eingabe eingehalten.

Fehlende politische Ausgewogenheit

Im Beitrag kommt ausschliesslich ein politischer Akteur aus dem linken Spektrum zu Wort (SP-Fraktionschef Jonathan Prelicz). Vertreter bürgerlicher Parteien oder der Exekutive, welche die Steuerpolitik des Kantons Schwyz vertreten oder alternative Erklärungen für die Mietentwicklung liefern könnten, fehlen vollständig.

Gerade bei politisch kontroversen Fragen ist eine pluralistische Darstellung unerlässlich. Die im Beitrag vertretene These – Schwyz sei aufgrund tiefer Steuern «auf dem besten Weg, ein zweites Zug zu werden» – bleibt unwidersprochen im Raum stehen. Eine Gegenposition wird dem Publikum nicht angeboten. Damit wird der Anspruch auf Ausgewogenheit und Meinungsvielfalt verletzt.

Ausblendung alternativer Ursachen – wesentliche Faktoren ignoriert

Ein derart multidimensionales Problem wie die steigenden Wohnkosten kann nicht auf eine einzige, stark vereinfachte Ursache zurückgeführt werden. Schwyz ist dabei kein Sonderfall, sondern Teil eines schweizweiten Trends: Der Druck auf den Wohnungsmarkt nimmt in vielen Regionen zu, weil die Schweiz seit Jahren stark wächst. In unserer Beanstandung zeigen wir: Der Kanton Schwyz wächst im Vergleich

¹ SRF Schweizer Radio und Fernsehen, *Tiefe Steuern und hohe Mieten – nun auch im Kanton Schwyz* (2026) [Audio], Echo der Zeit, <https://www.srf.ch/audio/echo-der-zeit/tiefe-steuern-und-hohen-mieten-nun-auch-im-kanton-schwyz?partId=TGrLlnoSHMQzVZJpSXv7O9kdZpc>

zur Gesamtschweiz überdurchschnittlich, baut aber ebenfalls überdurchschnittlich viel – im Schnitt rund 900 neue Wohnungen pro Jahr. Dennoch liegt die Leerwohnungsziffer seit Jahren konstant unter dem Schweizer Durchschnitt. Je tiefer die Leerwohnungsziffer, desto knapper ist das verfügbare Angebot – die logische Folge sind steigende Mieten und Immobilienpreise. Und das seit Jahren, nicht erst seit den letztjährigen Steuerfussenkungen.

Hinzu kommt: Schwyz ist seit Langem attraktiv – aufgrund seiner geografischen Lage, der Nähe zum Wirtschaftsraum Zürich, der hochwertigen Naherholungsgebiete und einer freiheitlichen Kultur. Tiefe Steuern sind ein Faktor, erklären jedoch nicht, weshalb der Druck auf den Wohnungsmarkt schweizweit zunimmt. Wer die Debatte seriös führen will, muss beim Haupttreiber ansetzen: starkes Bevölkerungswachstum bei gleichzeitig begrenztem Angebot.

Der beanstandete SRF-Beitrag stellt jedoch einen monokausalen Zusammenhang her: tiefe Steuern führen zu hohen Mieten. Andere zentrale Einflussfaktoren auf den Wohnungsmarkt werden vollständig ausgeblendet.

Im Folgenden werden bewusst die nur die Hauptfaktoren verwendet. Die im beanstandeten Beitrag mindestens hätten berücksichtigt werden müssen, um die stark steigenden Mieten und Immobilienpreise im Kanton Schwyz sachgerecht einzuordnen:

1.Überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum und angespannter Wohnungsmarkt:

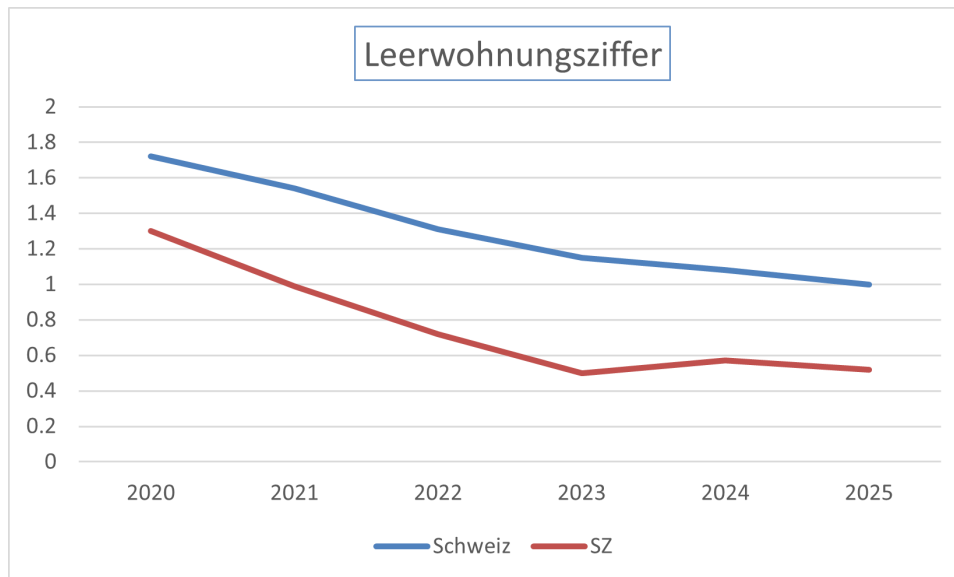
Die Bevölkerung des Kantons Schwyz ist in den letzten Jahren stark gewachsen (vgl. Tabelle 1). Zwar wurde gleichzeitig eine vergleichsweise hohe Bautätigkeit verzeichnet (rund 900 neue Wohnungen pro Jahr in den letzten fünf Jahren), entscheidend ist jedoch das Verhältnis von Angebot und zusätzlicher Nachfrage. Tab. 1 zeigt, dass dieses Problem nicht nur im Kanton SZ der Fall ist, sondern in der gesamten Schweiz. Dies zeigt, dass dieses Problem nicht alleine auf Tiefsteuerepolitik zurückgeführt werden kann, sondern schweizweit im gleichen Masse auftritt. Der Faktor Bevölkerungswachstum in der Schweiz blieb aber komplett unbeachtet.

Trotz dieser Bautätigkeit liegt die Leerwohnungsziffer seit Jahren konstant unter dem schweizerischen Durchschnitt (vgl. Tabelle 2). Dies weist auf einen strukturellen Nachfrageüberhang hin: Das Wohnungsangebot reicht nicht aus, um das starke Bevölkerungswachstum zu absorbieren.

Tabelle 1 Bevölkerungswachstum Schwyz

	Bevölkerung CH (01.01.)	Bevölkerung SZ (01.01.)	Wohnungen CH	Wohnungen SZ
2014	8 139 631	151 396	4 289 428	74 392
2024	8 962 258	167 403	4 840 096	84 292
Wachstum absolut	822 627	16 007	550 668	9 900
Wachstum in %	10.1	10.6	12.8	13.3

Anmerkung. Eigene Berechnung auf Grundlage von Daten des Bundesamts für Statistik, übernommen aus *Wohnungsbestand nach Bauperiode, Gebäudeart und Kanton²* sowie *Bevölkerungsentwicklung nach Kanton³*.

Tabelle 2 Leerwohnungsziffer Schweiz und Kanton Schwyz, 2020–2025

Anmerkung. Eigene Darstellung auf Grundlage von Daten zur Leerwohnungsziffer der Schweiz und des Kantons Schwyz.

<https://www.bwo.admin.ch/de/newsb/4EOYzS4sVwTfLKxWvUEiR>

2. Zusätzlich benötigte Wohnfläche durch Bevölkerungswachstum

Die Bevölkerung ist in der Schweiz zwischen 2000 und 2023 um 23,7 % gewachsen und damit rund 18-mal schneller als in Deutschland. Dieses überdurchschnittliche Wachstum setzte insbesondere ab 2007 ein und ist hauptsächlich auf eine dauerhaft

² Bundesamt für Statistik, *Bevölkerungsentwicklung nach Kanton* (o. J.), <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken.assetdetail.36158228.html>.

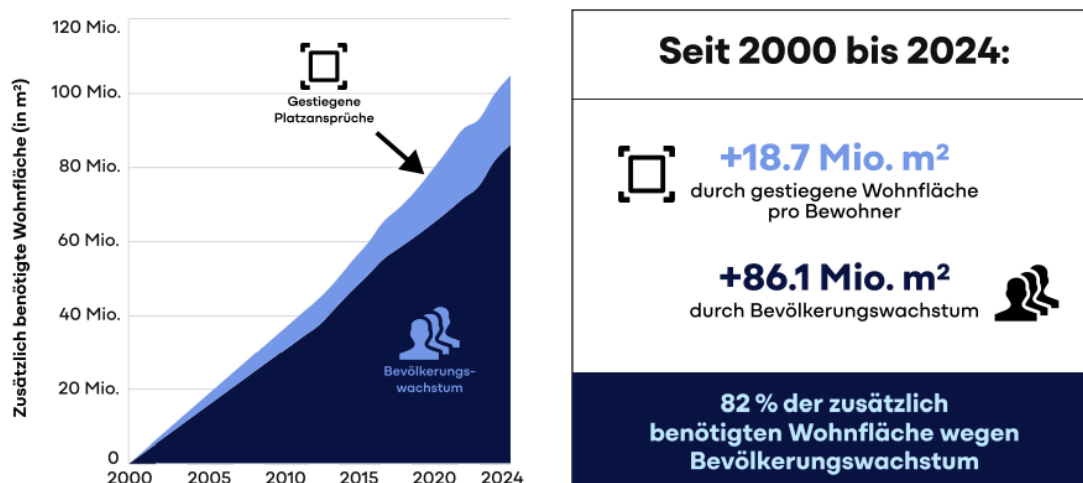
³ Bundesamt für Statistik, *Wohnungsbestand nach Bauperiode, Gebäudeart und Kanton* (o. J.), <https://www.bfs.admin.ch/bfs/rm/home.assetdetail.36073795.html>.

hohe Nettozuwanderung zurückzuführen. Im Vergleich zu den Nachbarländern (Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien) weist die Schweiz damit eine ausserordentliche demografische Dynamik auf, die den Druck auf den Wohnungsmarkt erheblich erhöht.⁴

Seit dem Jahr 2000 wurden rechnerisch rund 104,8 Mio. m² zusätzliche Wohnfläche benötigt. Davon entfallen rund 82 % (86,1 Mio. m²) allein auf das Bevölkerungswachstum, während lediglich 18 % durch gestiegene Wohnflächenansprüche pro Person erklärt werden können. Die Analyse von Facts4Future zeigt damit klar, dass nicht veränderte Wohnpräferenzen, sondern vor allem die demografische Entwicklung der dominante Treiber des zusätzlichen Wohnflächenbedarfs ist.

Dieses stark nachfragegetriebene Wachstum wirkt sich unmittelbar auch auf den Bodenmarkt aus. Da Bauland in der Schweiz strukturell begrenzt ist und nicht beliebig ausgeweitet werden kann, führt die steigende Nachfrage infolge Bevölkerungswachstums zwangsläufig zu steigenden Bodenpreisen. Diese erhöhen die Erstellungskosten neuer Wohnungen und wirken sich langfristig auch auf die Mietpreise im Bestand aus.

Tabelle 3 Zusätzlich benötigte Wohnfläche in der Schweiz nach Ursachen, 2000–2024



Anmerkung. Übernommen aus «Zusätzlich benötigte Wohnfläche», von Facts4Future, 2024. <https://www.facts4future.ch/facts/zusätzlich-benotigte-wohnfläche#fortgeschritten>

Indem SRF die Alternativursachen unterschlägt, **entsteht aber der falsche Eindruck, allein die Steuersenkung habe die Wohnungsnot ausgelöst. Dies verunmöglicht eine korrekte Einordnung durch das Publikum.**

⁴ Facts4Future, *Fact Sheet #15: Zusätzlich benötigte Wohnfläche* (2024) [PDF], [https://cdn.prod.website-files.com/67b355663aad98819c17776a/685262b43f568ecc3fcbaca8_Factsheet%20%E2%80%93%20Fact%20%2315%20\(1\).pdf](https://cdn.prod.website-files.com/67b355663aad98819c17776a/685262b43f568ecc3fcbaca8_Factsheet%20%E2%80%93%20Fact%20%2315%20(1).pdf)

Tendenziöses Framing – «Tiefe Steuern» als Problem ohne Kontext

Titel, Anmoderation und Tonalität des Beitrags stellen tiefe Steuern implizit als Problem dar. Die Steuersenkung wird als Ursache unerwünschter Entwicklungen geframt, ohne deren mögliche Vorteile oder legitime Gründe (z. B. Standortattraktivität, Wettbewerbsfähigkeit, hohe Steuermoral) zu erwähnen.

Diese negative Rahmung wirkt wertend und lässt die notwendige Kontextualisierung vermissen. Dem Publikum wird nahegelegt, tiefe Steuern seien per se problematisch und müssten «korrigiert» werden. Eine solche normative Deutung hätte – wenn überhaupt – als Kommentar gekennzeichnet werden müssen und darf nicht als faktische Einordnung erscheinen.

Experten-Einsatz ohne Gegenmeinung – fehlende Neutralität der Expertise

Als einziger externer Experte tritt Prof. Donato Scognamiglio (Universität Bern) auf. Seine Aussagen stützen die vom Beitrag vorgegebene These nahezu vollständig. Eine kritische Einordnung oder eine alternative fachliche Perspektive fehlt.

Es wäre journalistisch geboten gewesen, eine zweite Expertenmeinung einzubeziehen oder zumindest darauf hinzuweisen, dass die Fachwelt unterschiedliche Erklärungsansätze kennt. So entsteht der Eindruck, die präsentierte Sichtweise sei wissenschaftlich unumstritten – was nicht zutrifft.

Fazit

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der SRF-Beitrag «Tiefe Steuern und hohe Mieten» den Anforderungen an eine sachgerechte und ausgewogene Berichterstattung nicht genügt. Durch die einseitige Auswahl politischer Stimmen, die Ausblendung zentraler struktureller Ursachen – insbesondere des überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstums und der Angebotsverknappung auf dem Wohnungsmarkt – sowie durch ein wertendes Framing der Steuerpolitik wird ein monokausaler Erklärungsansatz vermittelt, der der Komplexität der Thematik nicht gerecht wird.

Damit war es dem Publikum nicht möglich, sich im Sinne von Art. 4 Abs. 2 RTVG eine eigene, auf einer vollständigen und neutralen Darstellung beruhende Meinung zu bilden. Die Berichterstattung weist zudem eine einseitige Tendenz auf, welche die Anforderungen an die Vielfalt der dargestellten Ansichten gemäss Art. 4 Abs. 4 RTVG zumindest in relevanter Weise tangiert.

Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantrage ich:

1. Festzustellen, dass der Beitrag «*Tiefe Steuern und hohe Mieten*» gegen das Sachgerechtigkeitsgebot gemäss Art. 4 Abs. 2 RTVG verstossen hat, indem zentrale Tatsachen und relevante alternative Erklärungsfaktoren ausgeblendet und dadurch ein verzerrter Ursachenzusammenhang suggeriert wurden.

2. Festzustellen, dass der Beitrag den Anforderungen an eine ausgewogene Darstellung politisch und ökonomisch kontroverser Sachverhalte nicht genügt und damit auch das Vielfaltsgebot gemäss Art. 4 Abs. 4 RTVG verletzt.
3. SRF zu empfehlen, den beanstandeten Beitrag redaktionell zu korrigieren oder zu ergänzen, namentlich durch eine nachträgliche Einordnung, welche
 - die mehrdimensionalen Ursachen steigender Wohnkosten sachgerecht darstellt,
 - den behaupteten Zusammenhang zwischen Steuerpolitik und Mietentwicklung kontextualisiert, und
 - abweichende fachliche und politische Einschätzungen sichtbar macht.
4. SRF darauf hinzuweisen, dass bei künftigen Beiträgen zu steuer- und wirtschaftspolitisch sensiblen Themen eine pluralistische Auswahl von politischen Akteuren und Fachmeinungen zwingend erforderlich ist, um die freie Meinungsbildung des Publikums nicht einseitig zu beeinflussen.

Für Ihre sorgfältige Prüfung und Ihre wichtige Arbeit im Sinne einer sachlichen, ausgewogenen und fairen Berichterstattung danken ich Ihnen herzlich.

Mit freundlichen Grüssen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jan Stocker', with a stylized, flowing script.

Jan Stocker,
Kantonsrat Schwyz